

Niederschrift

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 24.09.2014
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 20:23 Uhr
Raum, Ort: Großer Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend sind:

Vorsitzende/r:

Rottbeck, Paul Vorsitzender

CDU:

Börger, Hubert		Stellv. für Stv. Lansmann
Flasche, Bernd		
Kohlross, Günter		
Kranenburg, Marius		
Nikolov, Nico		
Richter, Frank		
Stork, Günter	Ortsvorsteher	
Stumpf, Hubert		
Tautz, Jürgen	Ortsvorsteher	
Tubes, Mike		

SPD:

Grotzky, Hartmut		
Kindermann, Evegret		Stellv. für Stv. Niemeyer
Kindermann, Kurt	stv. Ausschussvorsitzender	
Schroer, Edmund		Stellv. für Stv. Kaiser

UWG:

Bleker, Werner	sachk. Bürger/in
Ebbing, Brigitte	

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Becker, Maja	Bis TOP 7 einschl.
Gliem, Helga	

Fraktionsloses Mitglied:

Westermann, Hartwig

Gäste:

Rörig, Christopher

zu TOP 3

Vrielink, Marc-Christian Dipl. Ing. (geschäftsf. Ges.)

zu TOP 4

Wolf, Christine Dipl. Ing.

zu TOP 4

Ortsvorsteher/in:

Schwane, Walter

Verwaltungsmitarbeiter/in:

Bücker, Ludger

Fachbereichsleiter

Dahlhaus, Martin

Fachabteilungsleiter

Demmert, Bettina

Gottlob, Ralf

Fachbereichsleiter

Kaling, Markus

Kaß, Matthias

Klein-Bösing, Ludger

Fachabteilungsleiter

Labs, Rainer

Lask, Markus

Leiter FB 01

Lührmann, Rolf

Bürgermeister

Schnelting, Alfons

Fachbereichsleiter

Schroer, Alfons

Schulze Hessing, Mechtild

Erste Beigeordnete

Schulze-Dinkelborg, Rolf

von Kriegsheim, Claudia

Fachbereichsleiterin

Es fehlen entschuldigt:**CDU:**

Lansmann, Markus

SPD:

Kaiser, Michael

Niemeyer, Jürgen

Fraktionsloses Mitglied:

Dirks, Günther

Abgewickelte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 3 Zukünftige Ausrichtung der Stadthalle Borken
Vorlage: V 2014/207
- 4 Straßenführung und Brückenneubau Mühlenstraße u. östliche Innenstadt
- Variantenvorstellung
Vorlage: V 2014/202
- 5 Ausbau BO 67, 2. Bauabschnitt
Vorlage: V 2014/200
- 6 Zentrale Einrichtungen
- Sachstandsbericht
Vorlage: V 2014/206
- 7 Abfallwirtschaft 2015/2016
- Optimierung der Erfassung wertstoffhaltiger Abfälle
Vorlage: V 2014/203
- 8 Einführung eines 60-l-Behälters für die Restmüllentsorgung
Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: V 2014/197
- 9 Mitteilungen und Anfragen
 - 9.1 Bauvorhaben der Wohnbau an der Burloer Str.
 - 9.2 Projekte FB Gebäudewirtschaft

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Rottbeck begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist und das Gremium beschlussfähig ist.

Die erschienenen Sachkundigen Bürgerinnen und Bürger werden in der Sitzung vom **Ausschussvorsitzenden Rottbeck** eingeführt und zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet (§ 67 Abs. 3 Gemeindeordnung NW).

zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Seitens der anwesenden Bürgerinnen und Bürger werden keine Fragen gestellt.

zu 3 Zukünftige Ausrichtung der Stadthalle Borken **Vorlage: V 2014/207**

Herr Christopher Rörig (Fa. Bevenue) erläutert anhand der als Anlage beigefügten Präsentation, eine mögliche zukünftige Ausrichtung der Stadthalle Borken.

Stv. K. Kindermann möchte wissen, ob bei der mittleren (blauen) vorgestellten Variante im Obergeschoss ein Sanitärbereich geplant sei und ob eine Barrierefreiheit gewährleistet sei.

Herr Rörig erklärt, dass der Sanitärbereich weiterhin im unteren Bereich bleibe. Es sei ein Aufzug vorhanden, wodurch der Sanitärbereich erreichbar sei. Denkbar sei ein zweiter Aufzug, anstelle der Rolltreppe.

Bürgermeister Lührmann merkt an, dass ein Stufenkonzept entwickelt werden müsse. Die anfallenden Kosten seien über viel Jahre zu verteilen.

Stv. Richter gibt an, dass die mittlere Variante für die Stadthalle am besten sei. Über Verbesserungen, wie z.B. ein Entfernen der Rolltreppe, könne in Zukunft gesprochen werden. Mit den Maßnahmen der mittleren Varianten solle möglichst zeitnah begonnen werden.

Herr Rörig fügt hinzu, dass Brandschutz- und energetische Maßnahmen, welche der Gesetzgeber vorschreibe, dringend erforderlich seien.

Stv. Börger erkundigt sich, ob die Parksituation im Parkhaus und Umgebung noch ausreiche.

Herr Rörig gibt an, dass laut Angabe der Verwaltung, genügend Parkplätze vorhanden seien.

Stv. Ebbing wirft die Frage auf, was die mittlere Variante kosten werde.

Herr Rörig merkt an, dass er kein Architekt sei und somit keine Kostenauskunft erteilen könne.

Erste Beigeordnete Schulze Hessing fügt hinzu, dass das Notwendige mit dem Nützlichen verknüpft werden solle, um auf dieser Grundlage die Kosten zu ermitteln.

Stv. Richter erläutert, dass genügend Parkplätze bei Abendveranstaltungen vorhanden seien, da die Geschäfte geschlossen haben. Bei Veranstaltungen, welche tagsüber an Wochentagen stattfinden, seien Parkplätze Mangelware. Die Veranstalter sollen Infos mit verteilen, wo Parkplätze in unmittelbarer Nähe vorhanden seien.

Stv. Flasche möchte wissen, warum ein Hotel angegliedert werden solle, wenn in 150m ein großes Hotel vorhanden sei.

Herr Rörig erklärt, dass bei Tagungen ein weiteres Hotel mit 30-50 Zimmern dringend erforderlich sei. Besuchergruppen sollen nicht auf zwei Hotels aufgeteilt werden,

sondern seien in einem Hotel unterzubringen. Zudem könne das Hotel auch für Besucher des Krankenhauses genutzt werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in einem Zeitraum von sechs Monaten einen Stufenplan zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	20 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 4 Straßenführung und Brückenneubau Mühlenstraße u. östliche Innenstadt - Variantenvorstellung Vorlage: V 2014/202

Herr Christian Vrielink (Architekturbüro Lindschulte) und Frau Christine Wolf (Büro Wbp) erläutern anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die verschiedenen Varianten.

Stv. Ebbing begrüßt die Variante 4, da somit auch auf den Antrag der UWG vom 28.04.2014 eingegangen worden sei.

Stv. Richter möchte wissen, wovon bei der Höhenentwicklung bei der Achse ausgegangen werde.

Herr Vrielink gibt an, das vom Niveausgleich ausgegangen werde.

Stv. Gliem wirft die Frage auf, ob bei der Variante mit dem Kreisverkehr an der Turmgalerie die Kuhmstraße eine Einbahnstraße sei.

Herr Vrielink erläutert, dass dies keine Einbahnstraße sei, sondern ganz normal in beide Richtungen befahrbar sei.

Stv. Gliem möchte wissen, ob es möglich sei, den Verkehr nur über die Willbecke in die Stadtmitte zu führen.

Herr Vrielink merkt an, dass ein Fachgutachten vorhanden sei. Eine Zufahrt nur über die Willbecke werde nicht funktionieren.

Stv. Kranenburg erkundigt sich, warum bei der Variante 4 eine neue Straße und Brücke gebaut werde, aber die Baukosten im Vergleich zu den Varianten 1 und 2 viel niedriger seien.

Herr Vrielink erklärt, dass das Brückenbauwerk in Variante 4 deutlich kleiner sei als in den Varianten 1 bis 3. Daher seien die Kosten geringer.

Stv. Kranenburg erkundigt sich, ob die Varianten 1 und 2 auch ohne den Erwerb des Objektes Mühlenstraße 12 möglich seien.

Herr Vrielink gibt an, dass die Varianten 1 und 2 auch ohne einen Erwerb des Objektes Mühlenstraße 12 möglich seien. Allerdings müsse während der Bauphase in das Objekt eingegriffen werden, wie zum Beispiel durch die Nutzung der Grundstücksfläche durch einen Bagger.

Stv. Krankenburg möchte wissen, ob eine Aufschüttung der Landmasse im Uferbereich, wie in Variante 4, auch bei Variante 1 und 2 denkbar sei.

Herr Vrielink merkt an, dass dies ausgeschlossen sei, da sonst kein Anstrom für die Fischtreppe vorhanden sei.

Stv. Tubes stellt fest, dass sich bei Variante 4 Treibgut bei der neugewonnenen Fläche am Uferbereich sammeln könne.

Herr Vrielink erklärt, dass sich bei einer möglichen Überschwemmung Treibgut dort ansammeln könne.

Stv. K. Kindermann möchte wissen, warum Variante 4 die längste Bauphase habe.

Herr Vrielink erläutert, dass die Bauphase bei Variante 4 die längste sei, da das Grundwasser abgesenkt werde.

Stv. K. Kindermann wirft die Fragen auf, welche Variante die günstigste in der Wartung sei und ob Fördergelder möglich seien.

Herr Vrielink gibt an, dass die Varianten 3 und 4 die günstigsten in der Wartung seien, da das Brückenbauwerk viel zugänglicher sei. Fördergelder seien insgesamt für die Fischtreppe möglich.

Fachbereichsleiter Bücken fügt hinzu, dass eine Städtebauförderung der Varianten in Aussicht gestellt wurden.

Stv. Schröer merkt an, dass Fischtreppen laut einer Studie unsinnig seien, da Fische dem Hauptstrom folgen.

Herr Vrielink erklärt, dass es richtig sei und einige Fischtreppen nicht ihr Ziel erreichen.

Stv. Richter gibt an, dass bei der Ufer- und Randflächengestaltung eine tote Ecke/Fläche vermieden werden solle und möchte wissen, ob es möglich sei, diesen Bereich etwas höher zu legen.

Herr Vrielink erläutert, dass dieses möglich sei.

Stv. Richter wirft die Frage auf, ob bei der neuen Trassierung der Mühlenstraße in Variante 3 und 4 der Lärmschutz berücksichtigt worden sei.

Herr Vrielink merkt an, dass keine signifikanten Unterschiede zwischen den Varianten 1+2 und 3+4 vorhanden seien.

Stv. Richter stellt die Frage, ob eine Bauleitplanung benötigt werde. Zudem müsse das Projekt schneller realisierbar sein. Eine Fertigstellung im Dezember 2018 sei sehr unbefriedigend.

Fachabteilungsleiter Dahlhaus gibt an, dass eine mögliche Bauleitplanung erst mit den entsprechenden Behörden geklärt werden müsse.

Stv. E. Kindermann merkt an, dass den Bewohnerinnen und Bewohnern der Innenstadt in nächster Zeit viel zugemutet werde. Es müsse wirklich schneller gehen.

Bürgermeister Lührmann erklärt, dass das Bauvorhaben noch ein förmliches Verfahren durchlaufen müsse. Zudem müsse es rechtssicher werden.

Stv. Flasche stellt fest, dass der Hochwasserschutz bei den Varianten 1 und 2 nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspreche, da es der Duldung der unteren Wasserbehörde obliege. Wenn viel Geld in die Hand genommen werde, solle eine planungssichere Variante gewählt werden.

Herr Vrielink erläutert, dass der Grenzwert, bezüglich des Hochwasserschutzes, in den Varianten 1 und 2 trassiert werde. Eine Duldung sei nur im Genehmigungsverfahren möglich.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss nimmt die Vorstellung der vier möglichen Varianten der Straßenführung und des Brückenneubaus Mühlenstraße zur Kenntnis und beschließt das weitere Vorgehen wie in der Vorlage aufgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	20 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 5 **Ausbau BO 67, 2. Bauabschnitt** ****Vorlage: V 2014/200****

Fraktionsübergreifend wurde der Ausbau begrüßt.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss beschließt, dem Endausbau der Duycking-Straße, des Butenbomskamps, Rehmannweges und letzten Teilstückes des Böltingsweges auf der Grundlage der vorgestellten Planung zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	20 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 6 Zentrale Einrichtungen
- Sachstandsbericht
Vorlage: V 2014/206

Herr Kaling erläutert anhand der als Anlage beigefügten Präsentation den aktuellen Stand zum Bauvorhaben „Zentrale Einrichtungen“. Der Kostenrahmen werde eingehalten.

Beschluss:

Die Vorlage dient der Information. Es ist kein Beschluss erforderlich.

zu 7 Abfallwirtschaft 2015/2016
- Optimierung der Erfassung wertstoffhaltiger Abfälle
Vorlage: V 2014/203

Stv. Gliem schlägt vor, die Resonanz in 2015 abzuwarten, bevor eine Entscheidung getroffen werde.

Erste Beigeordnete Schulze Hessing gibt an, dass die Entwicklung bereits in der Vorlage beschrieben worden sei. 2015 werde es nur noch einen Abholtermin geben und im Jahre 2016 werde ein neues System entwickelt. Die Ergebnisse werden dem UPA vorgestellt.

Stv. Richter möchte wissen, ob die E-Schrottcontainer probeweise aufgestellt werden können, damit man nach zwei oder drei Jahren evaluieren könne.

Erste Beigeordnete Schulze Hessing erläutert, dass die E-Schrottcontainer für ein Jahr aufgestellt werden und das im Anschluss dem Ausschuss automatisch darüber berichtet werde.

Stv. Börger ist besorgt über die wilden Müllkippen in Wäldern. Der illegal abgeladene Müll sei von den Waldbesitzern auf eigene Kosten zu entsorgen. Die Stadtverwaltung könne an markanten Stellen kontrollieren und der Bauhof solle die wilden Müllkippen entsorgen.

Erste Beigeordnete Schulze Hessing erklärt, dass dieses auf grund der Kapazitäten nicht möglich sei. Es müsse mehr Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden. Bei gravierenden Dingen könne jedoch Abhilfe geschaffen werden.

Stv. Börger merkt an, dass jeder Ortsteil einen Landschaftswart habe. Wenn dieser eine wilde Müllkippe anmelde, solle der Bauhof tätig werden.

Erste Beigeordnete Schulze Hessing erläutert, dass dieses Verfahren in der Regel bereits angewandt werde.

Stv. Stumpf wirft die Frage auf, ob die Öffnungszeiten des Wertstoffhofes variieren könne, da durch die geänderte Maßnahme sich die Anzahl der Zulieferer erhöhen werde.

Erste Beigeordnete Schulze Hessing erklärt, dass dieses nicht möglich sei. Die Öffnungszeiten seien mit der EGW nach anfallendem Müllbedarf ausgehandelt worden.

Stv. Richter ist der Meinung, es müsse auf die illegale Müllentsorgung hingewiesen werden und stellt die Frage, ob bei einer Täterermittlung ein Bußgeld möglich sei.

Bürgermeister Lührmann gibt an, dass ein Bußgeld möglich sei.

Stv. Richter fügt hinzu, dass Bußgeld solle so hoch wie möglich angesetzt und öffentlich gemacht werden.

Beschluss:

1. Die Sperrgutsammlung in Form einer Straßensammlung wird eingestellt. Ab 2016 werden Sperrgut und Wertstoffe nur noch über die Wertstoffhöfe erfasst und ergänzend über ein Abrufsystem.
2. In 2015 wird nur noch eine Straßensammlung für Sperrgut und Wertstoffe durchgeführt.
3. Probeweise werden E-Schrottcontainer in den Stadtteilen Borken, Gemen, Borkenwirthe/Burlo, Marbeck und Weseke für ein Jahr aufgestellt.
4. Die Öffentlichkeitsarbeit für den Bereich Wertstofffassung ist zu intensivieren.
5. Erneute Vorlage in ca. 1 bis 1,5 Jahren, nachdem das neue Konzept und Erkenntnisse vorhanden sind

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	20 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 8 Einführung eines 60-L-Behälters für die Restmüllentsorgung Antrag der SPD-Fraktion Vorlage: V 2014/197

Stv. K. Kindermann gibt an, dass die Argumentation der Vorlage nicht ganz nachvollziehbar sei. Es sei logisch, dass sich der Preis pro Liter bei einer 60L Tonne erhöhe. Alle Haushalte, welche eine 120L Tonne haben, aber nicht in vollem Umfang nutzen, zahlen auch für Andere mit. Es werde Volumen bezahlt, welches gar nicht benötigt wird.

Verwaltungsmitarbeiter Schroer erläutert, dass das Interesse als Stadt darin liege, ein gewisses Volumen vorzuhalten. Die Ursache liege darin, dass wenn mal mehr Müll anfällt, auch Platz in der Tonne sei. Haushalte, welche bisher 70 bis 80 Liter benötigen, werden auf eine 60L Tonne wechseln und die eigentlichen 80L in die 60L Tonne quetschen. Ein Bedarf einer 60L Tonne, welche alle vier Wochen geleert werde, sei bisher nicht vorhanden. Hinzu kommen Mehrkosten für die Verteilung der neuen 60L Tonne.

Stv. Ebbing merkt an, dass in Rhade 60L Tonnen vorhanden seien und viel Müll, z.B. nach einer Party, in die Tonne gequetscht werde.

Verwaltungsmitarbeiter Schroer erklärt, dass auf Rückfrage beim Steueramt und Bürgerbüro lediglich eine Hand voll Bürgerinnen und Bürger angefragt haben. Ein Bedarf sei nicht vorhanden.

Stv. Gliem teilt mit, dass abgewartet werden müsse, ob noch mehr Resonanz kommen werde.

Stv. Richter gibt an, dass die Argumente der Verwaltung schlüssig seien. Bei deutlich mehr Bedarf könne gerne nochmals darüber gesprochen werden.

Stv. E. Kindermann stellt die Frage, ob es Pflicht sei, eine Restmülltonne zu haben.

Verwaltungsmitarbeiter Schroer erklärt, dass es Pflicht sei.

Stv. E. Kindermann wirft die Frage auf, ob es möglich sei, das Intervall der Abholung von alle vier Wochen auf acht Wochen zu ändern.

Erste Beigeordnete Schulze Hessing erläutert, dass ein gut funktionierendes System vorhanden sei. Die gesetzliche Neuregelung sei abzuwarten und auf Grundlage dessen könne neu überlegt werden.

Stv. K. Kindermann zieht den Antrag der SPD zurück und gibt an, dass nach der Gesetzesänderung erneut über das Thema gesprochen werden solle.

zu 9 Mitteilungen und Anfragen

Siehe Unterpunkte.

zu 9.1 Bauvorhaben der Wohnbau an der Burloer Str.

Bürgermeister Lührmann teilt auf Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen mit, dass kein neuer Sachstand bezüglich des Bauvorhabens der Wohnbau an der Burloer Straße vorhanden sei.

zu 9.2 Projekte FB Gebäudewirtschaft

Fachbereichsleiter Gottlob stellt anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die aktuellen Projekte des Fachbereiches Gebäudewirtschaft vor.

gez. Paul Rottbeck
Ausschussvorsitzender

gez. Matthias Kaß
Schriftführer